Herr Tillmanns spricht für die antragstellende FDP-Fraktion.

Demnach sei man mit den Ausführungen der Verwaltungen und dem daraus resultierenden Beschlussvorschlag nicht gänzlich einverstanden. Man nehme den aktuellen Sachstand und die Position der Verwaltung zwar heute so zur Kenntnis. Gleichwohl schlage er vor, den Beschlussvorschlag wie folgt abzuändern: „Ein weitergehender Prüfauftrag wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt.“

Frau Schönenberg-Klein spricht auf den Inhalt des FDP-Antrags an, wonach darauf verwiesen sei, dass bereits andere Städte und Gemeinden ihre Schwimmbäder in die Stadt- bzw. Gemeindewerke ausgegliedert hätten. In diesem Zusammenhang möchte sie wissen, welche Kommunen dieses Vorhaben umgesetzt haben.

Herr Tillmanns nennt exemplarisch die Gemeinde Steinhagen in Ostwestfalen. Diese sei von der Einwohnerzahl vergleichbar mit Eitorf. Dort habe man gute Erfahrungen mit der Ausgliederung des Bäderbetriebes in die Gemeindewerke gemacht.

Herr Liene bemerkt, dass bei größeren Städten, beispielsweise Köln oder Troisdorf, oftmals Bäderbetriebe bei den städtischen Werken angesiedelt seien. Allerdings müsse man dabei die unterschiedlichen Gesellschaftsformen der Betriebe berücksichtigen.

Herr Meeser ist der Auffassung, dass es grundsätzlich um die Frage gehe, in welchem Verwaltungsbereich das HWB am besten aufgehoben sei. Wenn er sich richtig erinnere, sei im Zuge der Schwimmbadsanierung herausgekommen, dass notwendige Wartungs- und Unterhaltungsarbeiten im Vorfeld nicht richtig oder gar nicht ausgeführt worden seien. In diesem Zusammenhang interessiere ihn das Motiv anderer Kommunen, den Bäderbetrieb aus dem Kernhaushalt auszulagern. Das Argument, die Gemeindewerke verfügen nicht über Personal in ausreichendem Maße, könne doch nicht als Grund angeführt werden, dass eine Integrierung in die Werke ausscheide. Ihm fehle in der Verwaltungsvorlage der Verweis, welche positiven Effekte sich andere Kommunen aus der Umstrukturierung versprechen.

Herr Sterzenbach kann den Einwand von Herrn Meeser, die Sanierung stehe zumindest teilweise in Zusammenhang mit fehlerhafter oder unterlassener Wartung, nicht bestätigen. Das Sanierungserfordernis habe sich eindeutig aus dem Umstand ergeben, dass bei der Schwimmbaderweiterung Anfang der 2000er Jahre eine umfassende Betonsanierung des Altbestandes aus Kostengründen nicht angegangen worden sei. Die Nachrüstung neuerer Technik in den Altbestand im Zuge der Erweiterung zum Spaß- und Familienbad habe nicht darüber hinwegtäuschen können, dass es im Laufe der Zeit zu strukturellen Problemen im Gebäudebestand kommen werde. Mit der umfassenden Sanierung des Bades habe man diesem Umstand nun Rechnung getragen. Die erforderlichen Wartungs-, Pflege- und Instandhaltungsarbeiten seien unabhängig davon selbstverständlich durchgeführt worden. Es liege seiner Ansicht nach somit nicht an fehlendem Fachwissen oder der Frage, welcher Verwaltungsbereich das Schwimmbad betreue. Vielmehr seien fehlende Finanzmittel oder nicht ausreichende personelle Kapazitäten anzuführen, wenn es um den Zustand gemeindlicher Liegenschaften gehe. Die Frage, warum andere Kommunen ihre Bäder in die Ver-/Entsorgungsbetriebe auslagern, könne sicherlich nicht pauschal beantwortet werden und komme ganz auf die jeweiligen Rahmenbedingungen an. Festzuhalten bleibe jedoch, dass jedenfalls nicht die Mehrheit vergleichbarer Schwimmbäder in anderen Kommunen ausgegliedert sei. So habe es zumindest eine frühere Datenerhebung zum Ergebnis gehabt.

Bezugnehmend auf den Wortbeitrag von Herrn Meeser kommt Herr Breuer auf den vorliegenden Prüfantrag der FDP-Fraktion zu sprechen. Verwaltungsseitig habe man zunächst vor der Herausforderung gestanden, den ganz konkreten Prüfauftrag aus dem Antrag herauszulesen. Daraus resultierend habe es Interpretationsspielraum gegeben, wie der Antrag genau zu verstehen sei. Die Verwaltungsvorlage gehe

von einem weit gefassten Ansatz aus und beleuchte daher alle möglichen Aspekte, die mit einer Verlagerung des HWB in die Gemeindewerke zusammenhängen können. Im Kern sei die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Rahmenbedingungen für ein solches Vorhaben gegenüber früheren ähnlich lautenden Anträgen der FDP-Fraktion und der GRÜNEN-Fraktion nicht verändert haben. Man müsse sich tatsächlich die Frage stellen, welcher positive Effekt durch die Umstrukturierung verfolgt werde. Hier könne man davon ausgehen, dass überwiegend finanzielle Synergieeffekte wünschenswert seien. Diese könne man sich allerdings unter den aktuellen Gegebenheiten nur durch höhere Gewinne in einem steuerpflichtigen Betrieb - hier der Wasserversorgungsbetrieb - „erkaufen“. Folglich müsse man sich darüber im Klaren sein, dass höhere Gewinne nur durch höhere Trinkwassergebühren erzielt werden können. Durch den Ansatz von kalkulatorischen Kosten in der Gebührenkalkulation (Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwert, kalkulatorische Verzinsung) habe man zwar grundsätzlich die Möglichkeit, höhere Gebührensätze und damit höhere Betriebsgewinne auszuweisen. Die Frage, ob die höheren Gewinne des Wasserversorgungsbetriebes dann zumindest teilweise für den Betrieb des Schwimmbades genutzt werden sollen, sei und bleibe eine politische Frage und müsse von den zuständigen Gremien beantwortet werden. Die Verwaltung vertrete jedenfalls die Auffassung, dass eine Umstrukturierung zurzeit keine derart positiven Effekte zur Folge hätte, dass dieser Schritt gerechtfertigt sei. Weiter führt Herr Breuer aus, dass man bei der Betrachtung anderer Projekte in anderen Kommunen immer auf die Vergleichbarkeit der Voraussetzungen achten müsse. Die Gemeindewerke Eitorf seien als rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe geführt. Ihm sei ad hoc keine Kommune bekannt, die bei vergleichbarer Konstellation eine Ausgliederung vollzogen habe. Bei privatrechtlichen Gesellschaftsformen (AG, GmbH) oder öffentlich rechtlich selbständigen Organisationsformen (AÖR) sehe das sicherlich etwas anders aus, zumal in diesen Konstellationen oftmals viele weitere Sparten zusammengeführt werden. Hier sei die Verrechnungsmöglichkeit von Gewinnen und Verlusten einzelner Sparten untereinander wohl eher ein Thema.

Herr Krumkühler gibt zu bedenken, dass die Tragweite eines solchen Vorhabens mit allen daraus resultierenden Folgen, wie steuerrechtlichen Fragen, Fragen der Gewinnverteilung oder Beurteilung von Verrechnungsmöglichkeiten, nicht vollumfänglich von Verwaltung und Politik überblickt werden können. Dazu bedürfe es externen Sachverständs und einer Simulationsrechnung.

Herr Liene verweist auf die ausstehende Beratung des Themas im nächsten Hauptausschuss. Bezugnehmend auf die verschiedenen Wortbeiträge in der zuvor geführten Aussprache halte er fest, dass eine Verlagerung des HWB in die Gemeindewerke grundsätzlich möglich sei. Es handele sich allerdings aufgrund der aufgezeigten Zusammenhänge vielmehr um eine politische Fragestellung. Er persönlich halte die aufgezeigten Themenfelder und wechselseitigen Auswirkungen und Möglichkeiten einer Umstrukturierung weiterhin für spannend. Klar sei allerdings auch, dass es zur besseren Beurteilung einer tiefergehenden Betrachtung aller Aspekte bedürfe.

Herr Reisbitzen stimmt der Schlussfolgerung der Verwaltungsvorlage und den ergänzenden Ausführungen der Betriebsleitung zu. Daher halte es die CDU-Fraktion aktuell nicht für sinnvoll, einen weitergehenden Prüfauftrag zur Integration des HWB in die Gemeindewerke zu erteilen. Dem Vorschlag der Antragstellerin, den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz „...zum jetzigen Zeitpunkt...“ zu versehen, könne man folgen. Unabhängig davon sei zu betrachten, dass man zu einem späteren Zeitpunkt Untersuchungen zur grundsätzlichen Gestaltung und Strukturierung der Gemeindewerke, sowie Möglichkeiten der Verlagerung machen könne.

Nachdem sich keine weiteren Wortbeiträge mehr ergeben, lässt Ausschussvorsitzender Liene über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Daraufhin beschließt der Betriebsausschuss: